

08/23



## DENIZ DIREKT SPD

NIEDERSACHSEN

Mit einer **Regierungserklärung** des Ministerpräsidenten begann das November-Plenum. Stephan Weil erinnerte an die **Reichsprogromnacht 1938**, die den Beginn der systematischen Vernichtung der Jüdinnen und Juden bedeutete. Alle Verfolgten brauchten damals ein Land, das sie aufnahm. Dies war die Grundlage für die **Genfer Flüchtlingskonvention**. Auch heute muss sich Deutschland zu seinen humanitären Pflichten bekennen. Flucht aus Deutschland gibt es heute nicht mehr, vielmehr Flucht nach Deutschland. Die hohen Zahlen an Geflüchteten sind nicht zu verkraften. Auch bei den **Integrationsbemühungen** stoßen alle Beteiligten an ihre Grenzen. Irreguläre Einwanderung und Schleusertätigkeit müssen unterbunden werden.

Am 09. November fand eine Gedenkstunde anlässlich des **85. Jahrestages der Novemberprogrome** statt. **Landtagspräsidentin Hanna Naber** hielt eine bewegende Rede in der sie aus den Tagebüchern von Ruth Maier vorlas.

Maier war eine jüdische Emigrantin, die in Norwegen lebte und für ihre Tagebücher bekannt ist. Sie starb am 01. Dezember 1942 im KZ Auschwitz. Hanna Naber betonte, dass antisemitischer Hass bis heute fortlebt. Wichtig ist,



dass wir **nicht vergessen**, sondern uns erinnern, dass wir gedenken und nachdenken und Solidarität zeigen und erneuern.

Zu Gast war u.a. Michael Fürst, **Präsident des Landesverbands der Jüdischen Gemeinden**. Delegierte der europäischen **Kantorenvereinigung** sangen jüdische Lieder über Frieden und Hoffnung.

Die **Änderung des Rettungsdienstgesetzes** wurde zur ersten Beratung ins Plenum eingebracht. Telenotfallmedizin als stützendes Element wird erstmals in der Notfallmedizin aufgeführt. Ziel ist die Sicherung des **Qualitätsniveaus** im niedersächsischen Rettungsdienst. Es ist eine Anpassung und Weiterentwicklung notwendig. Die Telemedizin wird eine Unterstützung der Notfallrettung darstellen, bei denen die **physische Anwesenheit** der Notärztin oder des Notarztes am Einsatzort nicht erforderlich ist.



Der Antrag „Vernehmungen im Strafverfahren kindgerechter gestalten“, wurde von den Regierungsfractionen beschlossen. Ziel ist es, Strafverfahren für Kinder und Jugendliche weniger belastend zu gestalten. Die Voraussetzungen für die Zulassung von **Zeugenaussagen per Video** sollen im Rahmen einer **Bundratsinitiative** herabgesenkt werden. Die derzeitigen Voraussetzungen unterscheiden nicht zwischen Erwachsenen und Kindern. Bislang muss eine „dringende Gefahr eines schwerwiegenden Nachteils für das Wohl des Zeugen“ vorliegen. Dies ist für Kinder und Jugendliche nicht zumutbar. In Deutschland haben tausende Kinder jährlich Kontakt mit dem Justiz- und Verwaltungssystem, besonders als Zeugen und Opfer in Strafprozessen.

„... Niedersachsen braucht ein **Landesdemokratiefördergesetz**“ lautet der Entschließungsantrag der Regierungsfractionen. Die Demokratie wird derzeit durch sich **radikalisierende Menschen und Gruppierungen** belastet. Auf Demonstrationen, sozialen Medien oder im Alltag wird gezielt versucht menschen- und verfassungsfeindliches Gedankengut zu verbreiten. Die derzeitigen **Förderkulisse** stützt sich nicht auf eine rechtliche Grundlage. Ein Gesetz hingegen führt zur Vereinfachung von Verfahren und bietet Planungssicherheit bei den Programmen. Der Entwurf legt einen rechtlichen Auftrag fest, Demokratie zu fördern.



Die 86 anerkannten Einrichtungen der **Erwachsenenbildung** leisten eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe. Um die **Angebote dieser Bildungsträger** bezahlbar zu halten, setzen sich SPD und Grüne beim Bund für eine Änderung im Umsatzsteuerrecht ein. Eine Umsatzsteuerbefreiung ist eine Voraussetzung für den Erhalt der bezahlbarkeit dieser kommunalen Angebote.

Die **Weser-Ems-Gruppe**, bestehend aus den acht SPD-Landtagsabgeordneten dieses Bereiches, besuchten meinen Betreuungswahlkreis **Vechta**. Gemeinsam mit dem Bundestagsabgeordneten Alexander Bartz wurde die **Fritz Kathe Holzbau GmbH** besucht. Die Gruppe erhielt Einblick in das Unternehmen und dessen Produktion. Die Firma hat sich auf den Holzrahmenbau spezialisiert.



Anschließend besuchte die Gruppe das **St. Marienhospital** und informierte sich über das Krankenhaus und die geplanten Entwicklungen. Der Zusammenschluss der beiden Krankenhäuser Vechta und Lohne zum **Zentralklinikum in Vechta** wurde von Geschäftsführer Aloys Muhle und dem Vorstandsvorsitzenden der Schwester Euthymia Stiftung, Ulrich Pelster, vorgestellt.

Ebenfalls im Betreuungswahlkreis fand das **Richtfest der Sporthalle der Uni Vechta** statt. Das 10,5 Millionen Euro teure Großprojekt wird in Höhe von 8,9 Millionen vom Land gefördert. Der aus den 1960er Jahren bestehende Altbau entspricht nicht mehr den

heutigen Anforderungen an eine zeitgemäße **Ausbildung für Sportlehrkräfte**. Errichtet wird eine Zweifeldhalle mit Forschungs-, Seminar- sowie Büroräumen.

Mehrere Besuchergruppen konnte ich in Hannover begrüßen. Anfang November besuchte mich eine Vielzahl von Ehrenamtlichen des **Sozialdienstes muslimischer Frauen** aus Delmenhorst (SmF). Der SmF ist ein in 2016 von in Deutschland lebenden muslimischen Frauen gegründeter Verein, dessen Bundesverband mittlerweile als **Wohlfahrtsorganisation** etabliert ist. Ziel ist die Verbesserung der sozialen, politischen und gesellschaftlichen Teilhabe. Die Gruppe konnte sich umfassend über das Leineschloss und die Arbeit von Abgeordneten informieren. Im persönlichen Gespräch erhielten die Teilnehmenden Einblick auch besonders in meine Tätigkeiten.



Auch der Besuch von Schülerinnen und Schülern des **Willms-Gymnasiums** war wieder eine tolle Gelegenheit sich mit jungen interessierten Erwachsenen über Politik auszutauschen. Desinteresse an Politik besteht bei diesen Besuchen definitiv nicht. Es ist schön, wie differenziert und streitbar junge Leute sind. Vielen Dank an Politiklehrer Darius Lewandowski für den Besuch!